



MAKROANALYSE 13/10/2017

## Vertrauensverlust durch Bargeldabschaffung

von MARIUS KLEINHEYER

- Deutsche haben trotz elektronischer Innovationen im Zahlungsverkehr eine besondere Affinität zu Barzahlungen.
- Die Debatte über eine mögliche Bargeldabschaffung schadet dem Vertrauen der Deutschen in die europäische Währungsunion.

Trotz technischer Innovationen im Zahlungsverkehr steigt die Nachfrage nach Bargeld in fast allen großen Industrienationen und insbesondere in Deutschland. Nach wie vor werden hierzu-lande die meisten Transaktionen sowohl nach Anzahl als auch nach Umsatz in Bargeld durchgeführt. Dabei dient nur ein Bruchteil der umlaufenden Bargeldmenge als Transaktionskasse. Der Großteil des Geldes wird im In- und Ausland in großer Stückelung gehortet. Das zeigt sich vor allem in Krisenzeiten.

Die Debatte über eine mögliche Bargeldabschaffung schadet dem Vertrauen der Deutschen in die europäische Währungsunion. Nach dem Entzug der D-Mark im Namen der europäischen Einigung und der Aufweichung des Euro zu Gunsten schwacher Euroländer würde wohl eine nicht unerhebliche Zahl von Deutschen die Abschaffung von Bargeld als das letzte Glied in einer Kette ihre Interessen missachtende Politik sehen.

Bargeld steht heutzutage unter Rechtfertigungsdruck. Regierungen stört es, dass Barzahlungen schwer zu kontrollieren sind. Steuerbetrug, Geldwäsche und andere kriminelle Aktivitäten sollen durch Begrenzung von Bargeldzahlungen unterbunden werden. Banken und Handelsunternehmen wollen die Kosten von Zahlungsvorgängen verringern. Schließlich wollen Ökonomen zur besseren Steuerung der Wirtschaft durch die Geldpolitik die Möglichkeit zur Besteuerung der Geldhortung durch negative Zinsen erweitern. Der Flucht vor dieser Steuer in die Haltung von Bargeld soll ein Riegel vorge-schoben werden. Es lässt sich bereits eine lange Liste von Maßnahmen aufstellen, die auf die Einschränkung der Verwendung von Bargeld abzielen.

Die Abschaffung von Bargeld ist unter den heu-tigen Umständen in erster Linie nicht aus rechtlicher und ökonomischer Sicht, sondern aus politischer Sicht insbesondere in Deutschland kritisch zu beurteilen. Die Deutschen haben aufgrund ihrer kontrastreichen Währungsge-



schichte ein besonderes Verhältnis zu ihrem Geld. Reichsmark und D-Mark haben jeweils das nationale Identitätsgefühl geprägt. Der Euro bleibt dagegen in erster Linie ein riskantes politisches Projekt der politischen Elite. Statt Frieden und Wohlstand könnten durch fehlgeleitetes Währungsmanagement nachhaltiges Konfliktpotenzial und weitere Marktverwerfungen entstehen.

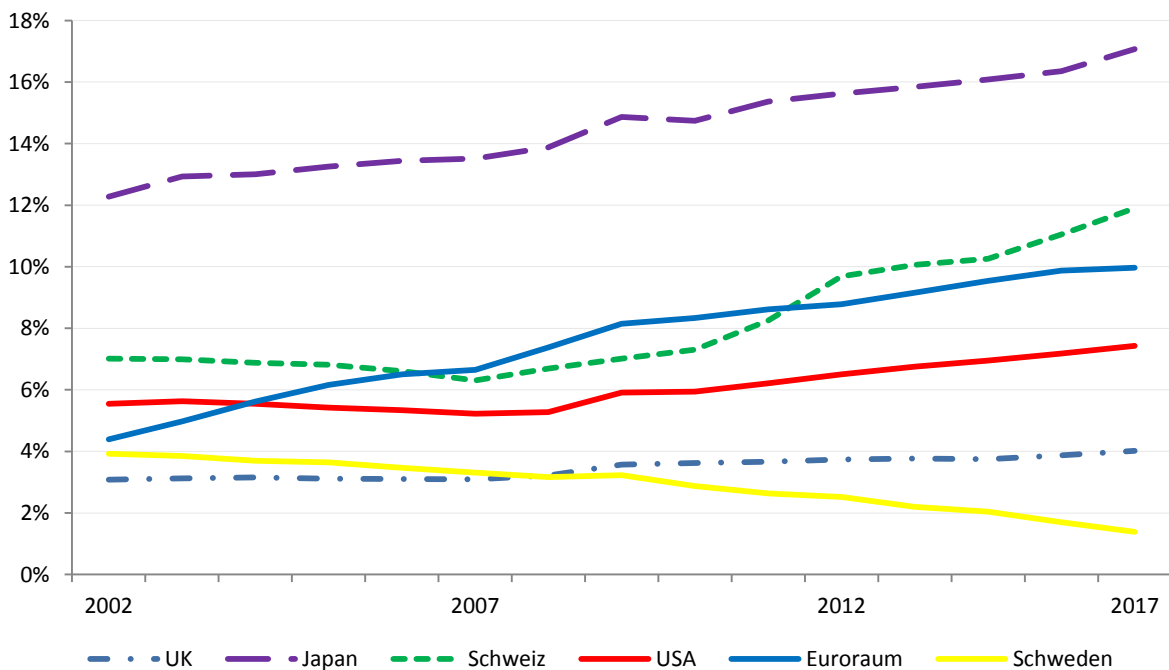
Hinter der Vorstellung, durch Bargeldabschaffung eine effizientere Geldpolitik durchzusetzen, steht ein grundsätzliches anderes Verständnis über die Funktionsweise der Marktwirtschaft. In der Debatte schlägt die Intuition vieler Menschen die modellbasierte Rationalität vieler Ökonomen, ähnlich wie im Sozialismus des 20. Jahrhunderts.

Diese Studie untersucht zunächst die Nutzung von Bargeld in Deutschland im internationalen Vergleich und argumentiert auf dieser Grundlage für die Beibehaltung von Bargeld aus finanzsoziologischer Sicht.

### Die Nutzung von Bargeld

Die umlaufende Bargeldmenge hat sich in den letzten 15 Jahren weltweit dynamisch entwickelt. In den großen Industrienationen ist die Bargeldmenge schneller gewachsen als das Bruttoinlandsprodukt (Abb. 1). Die Finanzkrise hat eine zusätzliche Dynamik in die Entwicklung gebracht, weil das Vertrauen in die Sicherheit des von den Banken geschaffenen Giralgelds sank. Schweden ist allerdings eine Ausnahmeerscheinung. Das Land war von der Bankenkrise nicht direkt betroffen und die Abschaffung von

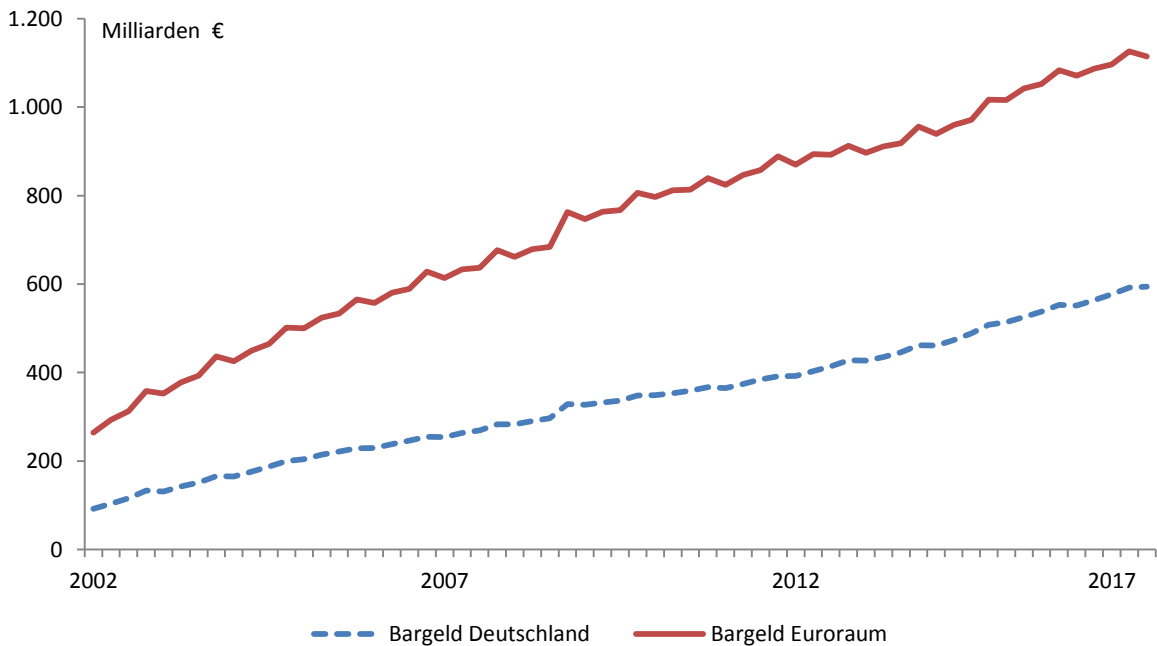
Abb.1: Verhältnis von Bargeld zu BIP in den verschiedenen Währungsräumen, 2002-2016



Quelle: Haver Analytics, Stand: Oktober 2017



Abb.2: Entwicklung der Bargeldmenge im Euro-Raum und in Deutschland



Quelle: Deutsche Bundesbank

Bargeld hat sich dort als ein gesellschaftspolitisches Ziel etabliert. In Japan ist das Verhältnis von Bargeld zum BIP am Größten in der Gruppe der untersuchten Länder.

Im Euro-Raum hat sich die umlaufende Bargeldmenge zwischen 2002 und 2017 von 264 Mrd. Euro auf 1,14 Billionen Euro ausgeweitet. Deutschland produzierte 2002 92 Mrd. Euro und 2017 594 Mrd. Euro Bargeld (Abb.2). Damit vergrößerte sich der deutsche Anteil am Gesamtemissionsvolumen von Eurobanknoten von rund 35 % auf rund 53 %.

Seit der Euro-Einführung 2002 ist es jedoch schwierig geworden, die Nutzung von Bargeld empirisch zu analysieren. Innerhalb des Euro-Raums wird die Geldmenge grundsätzlich durch die EZB gesteuert. Die in den jeweiligen Ländern genutzten Bargeldmengen lassen sich nicht mehr genau bestimmen, da die durch die jeweiligen nationalen Zentralbanken ausgegebenen Banknoten durch den europäischen Binnen-

markt im Währungsgebiet verteilt werden. Anonymität und mangelnde statistische Erfassbarkeit sind ohnehin prägende Merkmale von Bargeldnutzung. Verfügbare Daten über die Verwendung beruhen daher auf Umfragen und Tagebuchstudien, die die Zahlungsgewohnheiten der Bargeldnutzer transparent machen sollen. EZB und Bundesbank versuchen durch Schätzungen eine genauere Vorstellung zu bekommen.

Für Bargeldhaltung gibt es zwei wesentliche Gründe: Zum einen die Haltung der Transaktionskasse, um Barzahlungen zu erledigen, und zum anderen die Absicht, mit Bargeld eine liquide Sicherheitsreserve vorzuhalten. Bargeld wird als Wertaufbewahrungsmittel gesehen. Oft wird Bargeld auch außerhalb des Währungsraums nachgefragt. Auch hier aus den zwei genannten Gründen, dann auch in Form einer Reserve- oder Parallelwährung.



Die Bundesbank führt seit 2008 regelmäßig im Abstand von drei Jahren eine Studie über das Zahlungsverhalten in Deutschland durch.<sup>1</sup> Mit Hilfe von Zahlungstagebüchern wird repräsentativ erhoben, wer mit welchem Zahlungsinstrument wieviel bezahlt. Wie in den vorangegangenen Erhebungen auch, ist Bargeld das mit Abstand am häufigsten genutzte Zahlungsinstrument. 53,2 % der Menge der Umsätze (Abbildung 3) und 79,1 % der Zahl der Transaktionen (Abbildung 4) werden mit Bargeld getätigt. Ein Trend hin zu Kartenzahlungen lässt sich erkennen. 2008 wurden etwa 58 % des Umsatzes und 82 % aller Transaktionen bar abgewickelt. Internetbezahlverfahren sind ein wachsender Nischenmarkt. Während Barzahlungen eher bei kleineren Beträgen getätigt werden, kommt bereits ab einem Transaktionswert von 50 EUR die Girokarte häufiger zum Einsatz.

Im Dezember 2016 erschien eine auf diesen Ergebnissen aufbauende Studie, die die Zahlungsgewohnheiten in verschiedenen Ländern anhand von Tagebucheinträgen der jeweiligen Studienteilnehmer untersuchte.<sup>2</sup> Für Deutschland wurden die Ergebnisse der Studie aus dem Jahr 2011 herangezogen. Die anderen Umfragen kamen aus Kanada, Australien, Österreich, Frankreich, den Niederlanden und den USA.

Bagnall et al. (2016) zeigen, dass abgesehen von Mieten und Wohnnebenkosten in allen Ländern hauptsächlich bar gezahlt wird. Österreich und Deutschland sind mit einem wertmäßigen Anteil von über 50 % allerdings sehr viel bargeldinten-

siver als andere Volkswirtschaften. Es gibt verschiedene Einflussfaktoren für die Nutzung von Bargeld. Tendenziell bezahlen ältere Menschen häufiger bar. Ist das Geldautomatennetz dichter, heben die Menschen häufiger bar ab. Die Akzeptanz unbarer Zahlungsmittel in Form von Kartenterminals an den Kassen des Einzelhandels spielen ebenfalls eine wichtige Rolle für das Zahlungsverhalten. All diese Faktoren sind in den unterschiedlichen Ländern jedoch nicht ausgeprägt genug, um den Unterschied in der Zahlungsmethode zu erklären. Um eine bessere Vergleichbarkeit der Umstände sicherzustellen, hat sich die Bundesbank das Zahlungsverhalten an Tankstellen europaweit angeschaut und festgestellt, dass in Deutschland am häufigsten mit Bargeld bezahlt wird.<sup>3</sup>

Laut einer Umfrage der ING-DiBa unter Verbrauchern in 13 europäischen Ländern sowie in den USA und Australien im Frühjahr 2017 stimmten 84 % der Deutschen dafür, niemals vollständig auf Bargeld verzichten zu wollen.<sup>4</sup> Der europaweite Schnitt lag bei 76 %.

Geld dient nicht nur als Transaktionskasse, sondern auch zur Wertaufbewahrung. Das meiste Bargeld wird gehortet. Die Bundesbank hat 2009 die Verwendung von deutschem Bargeld geschätzt.<sup>5</sup> Nur 10 % des Bestandes werden danach für Transaktionszwecke benutzt. Dagegen werden schätzungsweise 25 % bis 35 % im Ausland und 55 % bis 65 % als Residualgröße im Inland gehortet. Das Wertaufbewahrungsmotiv

<sup>1</sup> Deutsche Bundesbank (2014) Zahlungsverhalten in Deutschland – Dritte Studie in Deutschland über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten, siehe: [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Studien/zahlungsverhalten\\_in\\_deutschland\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Studien/zahlungsverhalten_in_deutschland_2014.pdf?__blob=publicationFile), zuletzt aufgerufen am 12.10.2017

<sup>2</sup> Bagnall, J., D. Bounie, K.P. Huynh, A. Kosse, T. Schmidt, S. Schuh und H. Stix (2016), Consumer Cash Usage: A Cross-Country Comparison with Payment Diary Survey Data, International Journal of Central Banking, 1-61.

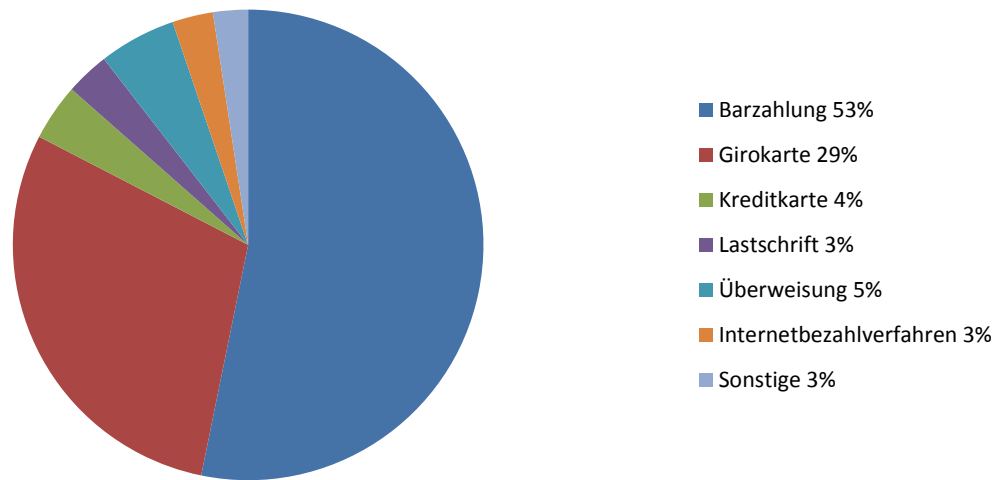
<sup>3</sup> Schmidt, Tobias (2016) Barzahlen in Deutschland beliebter als in anderen Ländern – Research Brief, siehe: [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Kurzmeldungen/Research\\_brief/2016\\_01\\_barzahlung\\_deutschland.html](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Kurzmeldungen/Research_brief/2016_01_barzahlung_deutschland.html), zuletzt aufgerufen am 12.10.2017

<sup>4</sup> ING-DiBa Umfrage Bargeld (2017), siehe: <https://www.ing-diba.de/ueber-uns/wissenswert/bargeld-iis/>, zuletzt aufgerufen am 12.10.2017

<sup>5</sup> Bundesbank Monatsbericht Juni 2009, siehe: [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichte/2009/2009\\_06\\_monatsbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichte/2009/2009_06_monatsbericht.pdf?__blob=publicationFile), zuletzt aufgerufen am 12.10.2017

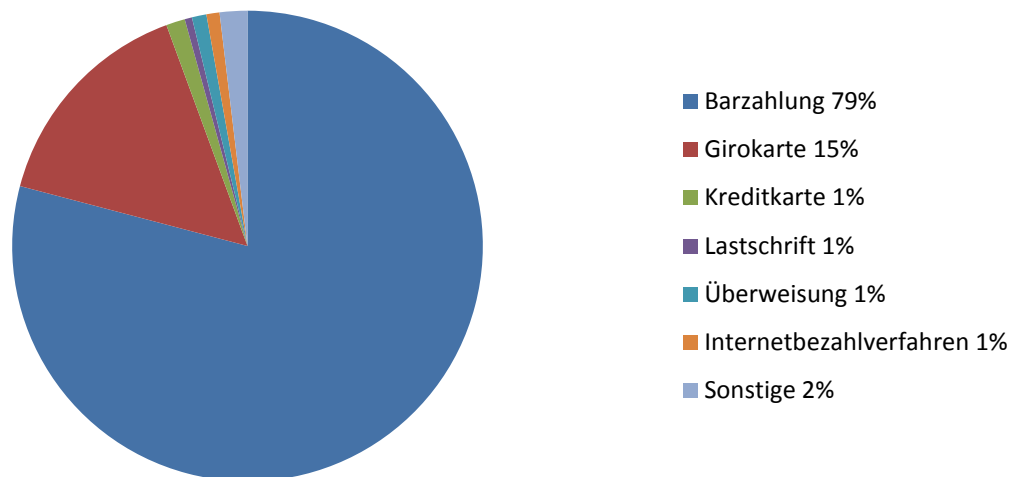


**Abb.3: Anteil von Zahlungsinstrumenten nach Umsatz in 2014**



Quelle: Deutsche Bundesbank

**Abb. 4: Anteil von Zahlungsinstrumenten nach Transaktionszahl in 2014**



Quelle: Deutsche Bundesbank

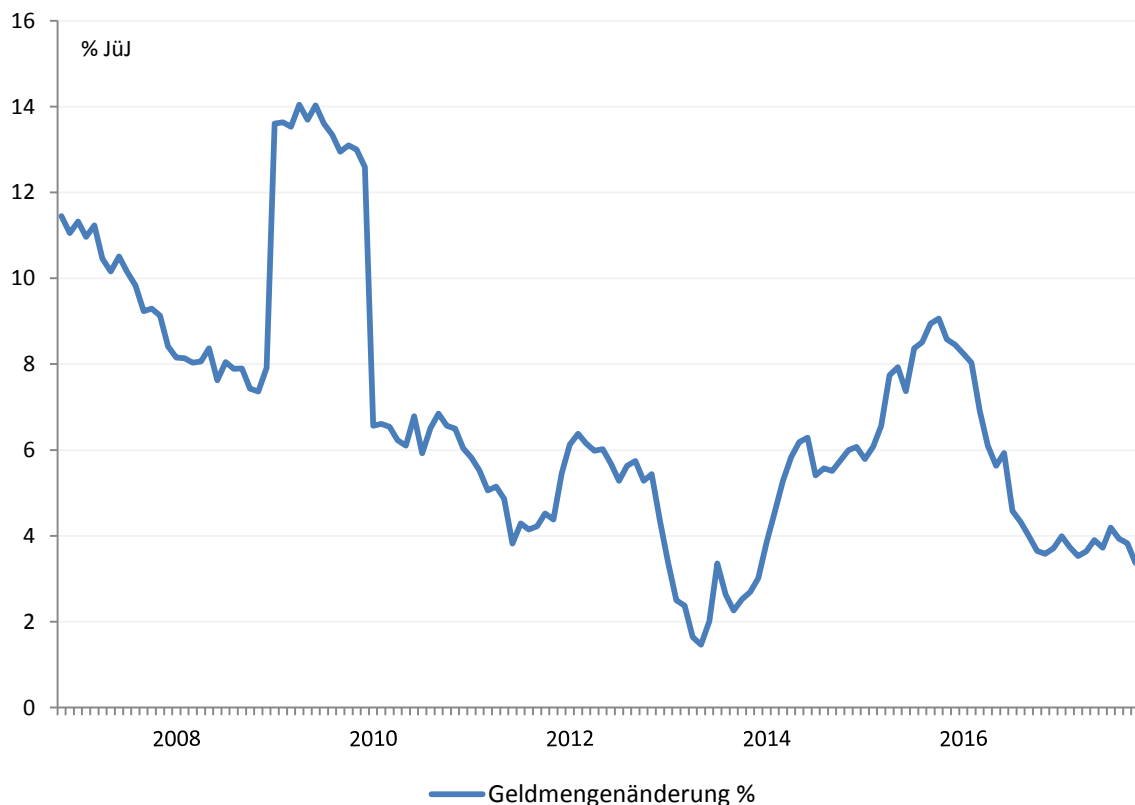


ist damit für die Bargeldnutzung dominant. Sicherheit vor dem Finanzsystem ist das Hauptmotiv.

Diese Dominanz zeigt sich auch in der Entwicklung des Euro Bargeldes. Die Veränderungsraten von Jahr zu Jahr zeigen eine tendenzielle Verlangsamung des Bargeldwachstums über die Zeit. In der Finanzkrise zeigt die Kurve aber einen markanten Ausschlag nach oben (Abbildung 5). In Krisenzeiten ist Bargeld stark nachgefragt. Die Bestände werden nicht abgebaut.

In jüngerer Vergangenheit wurden verschiedene Schritte unternommen, um Bargeldzahlungen einzuschränken. Tabelle 1 gibt eine chronologische Auflistung der Maßnahmen in der Euro-Zone. Oft wird die Einschränkung der Verwendung von Bargeld mit der Durchsetzung des Rechts begründet. Der Zusammenhang zwischen Bargeld und Kriminalität ist jedoch empirisch strittig. Die besondere Bargeldaffinität der Deutschen kann mit einem überdurchschnittlichen Hang zu Steuerhinterziehung und Kriminalität nicht erklärt werden und soll deshalb an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.<sup>6</sup>

Abb. 5: Jährliche Veränderungsrate der Bargeldmenge in Euro



Quelle: Haver Analytics, Stand: Oktober 2017

<sup>6</sup> Siehe Schneider, Friedrich (2017) "Restricting or Abolishing Cash: An Effective Instrument for Fighting the Shadow Economy, Crime and Terrorism?" Bundesbankkonferenz, siehe: [https://www.bundesbank.de/Redaktion/EN/Downloads/Tasks/Cash\\_management/Conferences/2017\\_04\\_24\\_schneider.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesbank.de/Redaktion/EN/Downloads/Tasks/Cash_management/Conferences/2017_04_24_schneider.pdf?__blob=publicationFile), zuletzt aufgerufen am 12.10.2017



**Tabelle1: Maßnahmen zur Einschränkung der Verwendung von Bargeld**

Datum	Ort	Inhalt
2005	EU	Europäische Verordnung Nr. 1889/2005: Anmeldung beim Zoll für Personen, die mit Barmitteln im Wert von 10.000 Euro in EU ein- oder ausreisen
2011	Griechenland	Barzahlungen über 1.500 EUR illegal, wenn eine Partei gewerblich aktiv ist
2012	Portugal	Barzahlungen über 1.000 EUR illegal, wenn eine Partei gewerblich aktiv ist
2012	Spanien	Barzahlungen über 2.500 EUR illegal, wenn eine Partei gewerblich aktiv ist (15.000 EUR für Ausländer)
2013	Slowakei	Barzahlungen über 5.000 EUR illegal, wenn eine Partei gewerblich aktiv ist (15.000 EUR bei Geschäften zwischen natürlichen Personen)
2014	Belgien	Bargeldzahlungen über 3.000 EUR illegal (vorher 5.000 EUR)
2015	Frankreich	Barzahlungen über 1.000 EUR illegal, bisher 3.000 EUR (Ausländer 10.000 EUR, bisher 15.000 EUR)
2016	Italien	Barzahlungen über 3.000 EUR illegal
2016	EZB	Abschaffung des 500 EUR Scheins

Quelle: European Consumer Centre Germany



## Die politische Funktion von Bargeld

Durch seine zentrale ökonomische Funktion ist Geld im Laufe der Geschichte immer von höchster politischer Relevanz gewesen und hat einen enormen Grad an Komplexität erreicht. Anfang des 20. Jahrhunderts bilden sich die wesentlichen Züge des heutigen Geldsystems heraus. 1909 werden Reichsbanknoten gesetzliches Zahlungsmittel, für das ein Annahmehzwang herrscht. Die Reichsbank war damals verpflichtet, die Scheine auf Verlangen gegen Goldmünzen einzutauschen. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges heben die kriegsführenden Staaten die Goldeinlöspflicht der Notenbanken auf. Mit diesem Schritt wird das heutige Kreditgeldsystem geschaffen, das aus Papier- und Giralgeld besteht. Hayek stellt 1988 in seinem letzten Werk *The Fatal Conceit: The Errors of Socialism* fest, dass es für Geld weder eine allgemein akzeptierte theoretische Erklärung noch wesentliche qualitative Verbesserungen des Geldsystems gegeben hat, seit das Geld unter umfassender zentraler staatlicher Lenkung steht.<sup>7</sup> Fast dreißig Jahre später hat sich an der Richtigkeit dieser Aussage nichts verändert.<sup>8</sup>

Ein wichtiges Anliegen staatlicher Intervention in das Geldwesen war die Finanzierung von Staatsausgaben und die zentrale Steuerung der Wirtschaft. Als Nebenerscheinung half staatliches Geld der Herausbildung einer gesellschaftlichen, ab dem 19. Jahrhundert insbesondere nationalen Identität der Geldnutzer. Sichtbares Kennzeichen dieser Absicht ist die Gestaltung von Münzen und Banknoten mit hoheitlichen und nationalen Symbolen. Entgegen dem heute häufig vorgetragenen Verdacht der Anonymisierung und Ökonomisierung gesellschaftlicher Beziehungen durch Geldwirtschaft wirkt Handel

integrierend und verwischt die Grenzen sozialer Schichten. Mit dem Aufkommen des Nationalismus und der Herausbildung nationaler Währungen und Steuersysteme werden Arme und Reiche entlang der Grenzen des Währungsraums in eine engere Gemeinschaft gestellt. Gleichzeitig vergrößert sich durch die unterschiedlichen Währungen die Distanz zu Nachbarländern. Eine nationale Währung ist grundsätzlich ein wichtiges Instrument zur Herausbildung einer nationalen Identität.<sup>9</sup>

Das besonders ausgeprägte Bewusstsein in Deutschland für die Währung resultiert aus der kontrastreichen jüngeren Geschichte, die eng verbunden ist mit dem Schicksal der Währungen. Dabei hat sich gezeigt, dass sowohl positive als auch negative Erfahrungen Einfluss auf das historische Bewusstsein haben können. Mit dem Ersten Weltkrieg geriet die bis dahin geltende Staatenordnung zusammen mit dem dazugehörigen Goldstandard aus den Fugen. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die daraus resultierende schwache Weimarer Republik machte eine stabile Währung unmöglich. Durch die Hyperinflation 1923 und die daraus folgenden ökonomischen und politischen Verwerfungen hat sich eine besondere Abneigung gegen Inflation herausgebildet, die bis heute zu einer starken Präferenz der Deutschen für stabiles Geld geführt hat.

Neben Deutschland weisen heute auch Österreich und Japan, also die Verlierer des Zweiten Weltkrieges, ebenfalls eine hohe Bargeldaffinität auf. Alle waren nach dem Krieg gezwungen, eine neue Rolle in der Weltgemeinschaft zu finden. Dieser Neuanfang führte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu großen Wohlstandszuwächsen. Der Yen etablierte sich in den 80er Jahren als weltweite Reservewährung, der

<sup>7</sup> Von Hayek, Friedrich A. (1988) *The Fatal Conceit: The Errors of Socialism*, London: Routledge, S. 101 f.

<sup>8</sup> Im Zuge der Finanzkrise entstanden allerdings private Kryptowährungen.

<sup>9</sup> Helleiner, Eric (1998), *National Currencies and National Identities*, *American Behavioral Scientist*, Vol.41, No.10, August 1998, S.1409-1436





Schilling wurde an der D-Mark ausgerichtet und dadurch zur harten Währung. Doch der wirtschaftliche Erfolg durfte sich aus historischen Gründen nicht in ein gestärktes Nationalbewusstsein verwandeln. Ersatzweise stieg der Stolz auf die nationale Währung. Die Identifikation der Österreicher und Japaner mit ihrer Währung soll an dieser Stelle aber nicht der Gegenstand der weiteren Untersuchung sein.

Die D-Mark ist der deutschen Präferenz für eine stabile Währung nach den leidigen Erfahrungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerecht geworden. Konrad Adenauer bezeichnete in seiner Regierungserklahrung 1949 die Kapitalbildung der Menschen als das vordringlichste Ziel der Finanzpolitik. Als eine Voraussetzung dafür nannte er die Wiedergewinnung des Vertrauens der Sparer. Trotz Reparationszahlungen und Territorialverlust waren die fünfziger Jahre geprägt von Wirtschaftswachstum und niedriger Arbeitslosigkeit. Die Unabhängigkeit der Bundesbank von der Tagespolitik und die gleichzeitige Bildung einer Stabilitätskultur führten zu dem Verständnis einer Währung, die dem deutschen Volke Souveränität auf wirtschaftlichem Gebiet zurückgab.

Auch international etablierte sich die D-Mark. Nicht nur im Vergleich zu den westeuropäischen Partnern, sondern auch im Vergleich zur DDR war die ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik beachtlich. Die D-Mark entfaltete ihre identitätsstiftende Wirkung nicht durch Tradition, sondern durch die Leistungsfähigkeit in der Gegenwart und das glaubwürdige Versprechen auf eine bessere Zukunft mit einer stabilen Währung. Nach dem Zweiten Weltkrieg war deutscher Nationalismus diskreditiert. Die D-Mark und die damit verbundene Stabilitätskultur gehörten zu den wenigen akzeptierten Anlässen, stolz auf sein Land sein zu dürfen. Bevor die D-Mark abgeschafft wurde, war sie die zweitwichtigste Reservewährung der Welt. Sie

setzte sich als „De-Facto-Anker“ des europäischen Währungssystems durch.<sup>10</sup> Aus ökonomischen und politischen Gründen kann eine dominante Währung jedoch zu Spannungen in Europa führen. Dies galt insbesondere für das Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, das die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands und die Macht der Bundesbank mit gemischten Gefühlen beobachtete. Mit der Dynamik des Wiedervereinigungsprozesses bekam die Wiedererstarkung Deutschlands eine zusätzliche geopolitische Brisanz.

### **Der Euro als Nachfolger der DM**

Am 11. Dezember 1991 einigten sich zwölf europäische Staats- und Regierungschefs in Maastricht auf die Abschaffung der D-Mark und anderer nationaler europäischer Währungen zugunsten des Euro. Die Wahrungunion markierte den vorläufigen Höhepunkt des europäischen Integrationsprozesses und bedeutete die Delegation hoheitlicher Gewalt von beispiellosem historischem Ausmaß auf supra-nationale Institutionen. Keineswegs sollte der Prozess der europäischen Union als ein geradlinig verlaufender Prozess verstanden werden, der von den Römischen Verträgen direkt nach Maastricht führt. Zwei Visionen haben von Beginn an um die Deutungshoheit in Europa gerungen. Die klassisch liberale Vision setzt auf individuelle Freiheit, Subsidiarität und Wettbewerb. Die sozialistische Vision steht für einen zentralistisch organisierten europäischen Superstaat, protektionistisch nach außen und interventionistisch nach innen.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Frenkel, Jacob und Goldstein, Morris (1998) Die internationale Rolle der Deutschen Mark, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark – Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948. München: C.H. Beck

<sup>11</sup> Für eine ausführliche Darlegung, siehe Bagus, Philipp (2010) The Tragedy of the Euro, Auburn: Ludwig von Mises Institute



Die Bundesbank wurde in Deutschland von dem breiten Konsens der Gesellschaft getragen, dass sie unabhängig von der Politik und kurzfristigen konjunkturpolitischen Erwägungen einzig der Preisstabilität verpflichtet ist. Durch ihr konsequentes Handeln hat sie das Vertrauen der Menschen in ihr Geld gesichert. Die entstandene Stabilitätskultur steht im Gegensatz zur Notenbankphilosophie und Geldpolitik insbesondere in süd- und westeuropäischen Staaten, in denen Wechselkursabwertungen und hohe Inflation lange Zeit zum Alltag gehörten.

Um das Vertrauen der Deutschen in das neue einheitliche Geld zu stärken, wurde dem Euro im Maastricht Vertrag ein enges Regelkorsett vorgegeben. Auch wurde Frankfurt am Main als Hauptsitz der EZB mit Bedacht ausgewählt. Mit Wim Duisenberg wurde ein Niederländer und nicht gleich ein Franzose an die Spitze der EZB gewählt. Kurzum, es wurde alles getan, um den Eindruck der Kontinuität der Währungspolitik den Menschen zu signalisieren. Auch die politischen Statements zu jener Zeit lassen darauf schließen, dass den Akteuren sehr wohl bewusst war, welchen Einschnitt sie den Deutschen durch den Entzug der lieb gewonnenen D-Mark zumuten. Der Euro wurde zur deutschen Staatsräson und zum Garanten des europäischen Friedens erklärt. Eine Volksabstimmung wie in anderen Ländern fand nicht statt.

Von Anfang an wurde der Euro zwar skeptisch betrachtet, ein spürbarer politischer Protest blieb jedoch aus. Es gab Diskussionen über versteckte Preiserhöhungen bei der Währungsumstellung. Das Schlagwort lautete „Teuro“. Mit dem Verweis auf konstante Inflationsraten unter 2 % sollten diese Bedenken aber schnell zerstreut werden. Die EZB konnte weitgehend unbehelligt von der politischen Öffentlichkeit operieren.

## **Erosion des Vertrauens**

Mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die Währungsunion jedoch auf eine ernsthafte Belastungsprobe gestellt. Das Regelwerk versagte. Zwar wuchs der Reformdruck auf südeuropäische Staaten im Zuge der Staatsschuldenkrise, aber die EZB und ihre Geldpolitik wurden ein entscheidender Machtfaktor. Grundsätze, die im Vertrag von Maastricht intendiert waren, wurden durch die Rettungsmaßnahmen aufgegeben. Die Geldpolitik diente erst indirekt und dann direkt der Absicherung der Staatsfinanzen. Die Euroskepsis in Deutschland machte sich nun auch politisch bemerkbar. Laut Eurobarometer, einer Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission, verlor die EZB das Vertrauen der Menschen in Deutschland. 1999 gaben 50 % der Befragten an, der EZB zu vertrauen, 2017 waren es noch 36 %.<sup>12</sup>

## **Spontane Ordnung oder staatliche Planung**

Auf Dauer lässt sich in einer Demokratie nicht gegen den Willen der Mehrheit des Volkes regieren. Eine Gesellschaft, die den Anspruch hat, frei, friedlich und wohlhabend zu leben, muss auf einem grundsätzlichen Konsens der Menschen aufbauen. Dazu gehören Eigentumsrechte und Vertragsfreiheit. Ludwig Erhard hat sich zu Recht und erfolgreich nicht an einer interessen geleiteten Angebots- oder Nachfragepolitik, sondern an Konsumentensouveränität orientiert. In einer Marktwirtschaft ist der einzelne Konsument immer das Richtmaß für die Produktion. Auf diese Weise entsteht die spontane Ordnung des Marktes. Sie geht zurück auf die vielen Handlungspläne jedes einzelnen Menschen und nicht auf die Intention eines zentralen Planers.<sup>13</sup> Der Sozialismus steht im Wider-

<sup>12</sup> Eurobarometer, siehe:

<http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/9/groupKy/27>, zuletzt aufgerufen am 12.10.2017

<sup>13</sup> Von Hayek, Friedrich A. (1994) *Freiburger Studien*, S. 97f.



spruch zu diesem Ordnungsprinzip und musste daher wirtschaftlich und moralisch scheitern.

Wer die intellektuelle Debatte um die theoretische Möglichkeit des Sozialismus im 20. Jahrhundert verfolgt, stößt auf erstaunliche Parallelen zu heutigen Ansätzen. In der Sowjetunion wurde in den 70er Jahren lange gehofft, dass Planwirtschaft der Marktwirtschaft schließlich überlegen sei, wenn die Computertechnik es erlauben würde, die komplexen Gleichungssysteme einer entwickelten Ökonomie zu erfassen und den Produktionsprozess dadurch effizient zu steuern. Es war also nur eine Frage der Zeit, bis leistungsfähige Computer die Allokationsfunktion von Kapital übernehmen würden. Heute wollen Zentralbanken die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Geld als Instrument planen.

Das entscheidende Argument gegen diese zentrale Steuerung der Ökonomie ist der systematische Fokus auf objektives Wissen und das Unterschätzen subjektiver Rationalität. Konstruktivistische Ökonomie neigt dazu, menschliches Verhalten in ein Schema klar definierter Nutzenfunktionen zu zwingen und gesellschaftliche Prozesse somit als einen kalkulierbaren und damit auch mechanisch optimierbaren Prozess zu begreifen. Nicht berücksichtigt wird dabei das zentrale Element der Marktwirtschaft, die unternehmerische Funktion. Sie ist das effektivste Instrument, um mit der fundamentalen Unsicherheit der Realität umzugehen. Gesellschaftliche Institutionen wie Sprache, Moral, Recht oder eben auch Geld, das die Menschen im Bargeld begreifen, entstehen nicht durch das zentrale Diktat der Autorität von oben nach unten. Sie lassen sich nur aus dem evolutori-

schen Prozess der menschlichen Interaktion heraus erklären und verstehen. Jede dieser genannten Institutionen lässt sich nicht auf Dauer ohne Zwang gegen das Empfinden der Menschen verändern. Die Manipulation des Geldes zur Verfolgung politischer Ziele untergräbt daher die freiheitliche Gesellschaftsordnung.

### **Fazit**

Anhand der Debatte um die Bargeldabschaffung lässt sich ein wichtiger Aspekt aufzeigen. Dem systemtechnisch möglichen Spielraum, der sich durch großzügige Rechtsauslegung und ökonomische Experimentierfreudigkeit bietet, werden immer engere Grenzen durch den brüchigen gesellschaftlichen Konsens und das ihm zugrundeliegende subjektive Empfinden der Menschen gezogen. Der zur gesellschaftlichen Steuerung ausgeübte staatliche Zwang kann schließlich in die Unfreiheit führen.

Beim Geld wurde den Deutschen bereits eine Menge zugemutet und der gesellschaftliche Konsens damit strapaziert. Beim Anziehen von Schrauben gilt der Grundsatz „Nach fest kommt ab“ Die Bargeldabschaffung wäre fatal für das stark in Mitleidenschaft gezogene Vertrauen der Deutschen in die Währungsunion und damit in ein zentrales Projekt der europäischen Integration.



## RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

**Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG**

© 2017 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

## IMPRESSUM

*Herausgeber* Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, [research@fvsag.com](mailto:research@fvsag.com); *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, [www.bafin.de](http://www.bafin.de); *Autor* Marius Kleinheyer; *Redaktionsschluss* 13. Oktober 2017